

Leitbilddiskussion 2011 – 2014

Wir verändern

gerecht. solidarisch. nachhaltig.

DIE LINKE.
B R A N D E N B U R G

Leitbilddebatte 2006 – 2008

Ein Rückblick

DIE LINKE.
B R A N D E N B U R G

Was wollten wir erreichen?

Ein Brandenburg der Regionen
Gesellschaftliche Kräfteverhältnisse verändern
Für eine sozial gerechtere, demokratischere,
ökologischer Landespolitik

Wen wollten wir erreichen?

Unsere Wählerinnen und Wähler. Nicht die Mehrheit!

Wie wollten wir unsere Zielgruppen erreichen?

Dialog mit BündnispartnerInnen

Dialog mit WählerInnen

Wie wollten wir unsere Vorstellungen durchsetzen?

Augenhöhe mit der SPD

Ablösung Rot-Schwarz

Bildung Rot-Rote Koalition

Welcher Zeitgeist hat geherrscht?

Welche Politik?

Bund: Rot-Grün und Schwarz-Rot haben seit 2003
durchgesetzt:

Agenda 2010; Hartz IV; Umverteilung von Unten nach
Oben; Deregulierung der Finanzmärkte;
Privatisierung öffentlicher Daseinsvorsorge;
Massive Ausweitung von Billiglohn und prekären
Arbeitsverhältnissen

Welche Erfahrungen gab es?

Regierungserfahrungen in Mecklenburg-Vorpommern und Berlin

Schlussfolgerung:

Nur versprechen, was man nach der Wahl halten kann.

Wir dürfen nicht beliebig werden.

Ein eigenes, linkes Profil wahren.

Trotz aller Interessenskonflikte und wo immer möglich, Kontakte mit Bündnispartnern halten.

Nächster Schritt:

Ergebnis der Debatte war ein Leitbild, welches die Partei einte und BündnispartnerInnen zusammenführte
- WählerInnen mobilisiert.

Damit war die Grundlage für ein realistisches Wahlprogramm, für Schlüsselprojekte in einer Regierungsbeteiligung und einer darauf aufbauenden Wahlkampfkampagne geschaffen.

Koalitionsvertrag

Die Schlüsselprojekte wurden Schnittstelle zwischen Programm und Politik, fanden weitgehend Eingang in den Koalitionsvertrag. Damit waren sie Basis für die Akzeptanz des Vertrages in der Partei und der großen Mehrheit der Wählerinnen und Wähler.

Zur Bildung der Koalition mussten wir der SPD insbesondere im Bereich Energiepolitik und Öffentlicher Dienst Zugeständnisse machen. Einige Konflikte von Bedeutung haben wir unterschätzt: DDR-Geschichtsdebatte, Nachtflugverbot und Flugrouten sowie Probleme aus der Tätigkeit vorhergehender Landesregierungen.

Bilanz 2011

Ergebnisse der bisherigen Umsetzung
(eine Auswahl)

in Opposition
durch den Regierungswechsel
in Regierung

DIE LINKE verändert in Opposition

Beispiel: Volksbegehren
Sozialticket

DIE LINKE.
B R A N D E N B U R G

Fraktionsvorsitzender Thomas Lunacek (CDU)

11.03.2008

„Das landesweite Sozialticket für Bedürftige ist ein **Angriff auf die Berufstätigen.** (...) Das führt dazu, dass Bürger die arbeiten gehen, schlechter verdienen als Hartz-IV-Empfänger.“

Märkische Oderzeitung

Irene Wolff-Molorciuc (Vorsitzende Volkssolidarität Brandenburg)
zum Start des Volksbegehrens:

25.02.2008

„Seit vielen Jahren setzen sich **Brandenburger Bürgerinnen und Bürger für die Einführung eines Sozialtickets** in Brandenburg ein. (...) Die letzten Monate haben gezeigt, **diese Koalition braucht den Druck** (...), um sich in der sozialen Frage zu bewegen.“

<http://sozialticket.dielinke-brandenburg.de/aktuelles/startseite/>

Fraktionsvorsitzender Günter Baaske (SPD)
nach dem Beschluss des Landtages zur Einführung eines Mobiltätstickets
17.03.2008

**„Unser Beschluss ist ein großer Ruck nach vorn,
er sorgt für soziale Gerechtigkeit, ist ausgewogen und
finanzierbar.“**

Die Welt

DIE LINKE verändert durch den Regierungswechsel

Beispiel 1: Mindestlohn

Wirtschaftsminister Ulrich Junghanns (CDU) in einem Zeitungsinterview
08.03.2006

„Von einem gesetzlichen Mindestlohn halte ich nichts. Die Erfahrungen in Ostdeutschland in den letzten Jahren belegen, dass wir Flexibilität brauchen.“

Berliner Zeitung, Seite 12

Entschließungsantrag des Bundesrates zur Einführung eines gesetzlichen Mindestlohns; Antrag der Länder Rheinland-Pfalz, Bremen, Nordrhein-Westfalen und Berlin, **Brandenburg**, Hamburg

18.03.2011

„Um sicherzustellen, dass über eine Vollzeitbeschäftigung ein Existenz sicherndes (...) Arbeitseinkommen erzielt werden kann, **brauchen wir einen Rechtsanspruch auf eine Mindestvergütung.** Dieser gesetzliche Mindestlohn (...) ist ein wichtiger Beitrag, um die Würde der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer zu achten und Armut zu bekämpfen.“

DIE LINKE verändert durch den Regierungswechsel

Beispiel 2: Wirtschaftliche
Betätigung von Kommunen

Presseerklärung von Innenminister Jörg Schönbohm (CDU) mit dem Titel:

„Privatwirtschaft vor unlauterer Konkurrenz schützen“

27.02.2006

„In den vergangenen Jahren hat es immer wieder Fälle gegeben, in denen die Kommunalaufsicht hat einschreiten müssen, weil die wirtschaftliche Betätigung von Kommunen Auswirkungen auf die Privatwirtschaft hatte.“

<http://www.mi.brandenburg.de/sixcms/detail.php?gsid=lbm1.c.334046.de>

Presseerklärung von Innenminister Dietmar Woidke (SPD) anlässlich eines
Kabinettschlusses zur Stärkung der kommunalen Daseinsvorsorge
29.03.2011

„Eine hochwertige Versorgung mit wichtigen Dienstleistungen muss für alle Bürgerinnen und Bürger dauerhaft zugänglich und bezahlbar bleiben. **Dazu brauchen wir starke, wettbewerbsfähige kommunale Unternehmen.** Deshalb wollen wir unnötige Hemmnisse für die Kommunalwirtschaft beseitigen.“

<http://www.stk.brandenburg.de/cms/detail.php?gsid=bb1.c.246547.de>

DIE LINKE verändert durch den Regierungswechsel

Beispiel 3: Residenzpflicht

**Minster des Inneren Jörg Schönbohm (CDU) in seiner Antwort auf eine kleine
Anfrage ob die Landesregierung beabsichtigt die Residenzpflicht zu lockern
15.12.2008**

„Nein, die Landesregierung beabsichtigt (...) nicht,
eine Rechtsverordnung (...) zu erlassen. (...)

**Grundsätzlich ist die Aufenthaltsgestattung für
Asylbewerber räumlich auf den Bezirk der
Ausländerbehörde beschränkt.“**

Drs. 4/7027

Antwort der Landesregierung auf die Kleine Anfrage Nr. 2624

Brandenburg, Ministerium des Innern
Berlin, Senatsverwaltung für Inneres

28.07.2010

„Asylbewerber und Ausländer mit einer Duldung
genießen jetzt in Berlin und Brandenburg deutlich mehr
Freizügigkeit als bisher. Sie **können** ab sofort
gebührenfrei eine Dauererlaubnis bei der zuständigen
Ausländerbehörde beantragen, mit der sie **sich im**
jeweiligen Nachbarland frei bewegen können.“

[http://www.mi.brandenburg.de/sixcms/media.php/4055/PM Residenzpflicht.pdf](http://www.mi.brandenburg.de/sixcms/media.php/4055/PM_Residenzpflicht.pdf)

DIE LINKE verändert durch den Regierungswechsel

Beispiel 4: Vergabegesetz

**Wirtschaftsminister Ulrich Junghanns (CDU) in der Landtagsdebatte zum
Gesetzentwurf der Fraktion DIE LINKE zur Einführung eines Vergabegesetzes
27.02.2008**

**„Wir sollten nicht den Eindruck erwecken, auch
nicht in einer vermaledeiten
Gerechtigkeitsdiskussion, mit Vorschlägen wie von
der LINKEN könnten die Chancen von
Arbeitnehmern am Arbeitsmarkt verbessert
werden. (...) Deshalb kann man dem Gesetzentwurf
(...) nicht zustimmen. - Danke.“ (Beifall bei der CDU)**

Auszug aus dem Plenarprotokoll 4/63

Wirtschaftsminister Ralf Christoffers (DIE LINKE) anlässlich einer
Pressekonferenz zum jetzt gültigen Vergabegesetz

24.03.2010

**„Es ist wichtig, nicht nur die Vergabe
öffentlicher Aufträge an das Zahlen eines
Mindestlohns zu koppeln, sondern dieses auch
durch geeignete Instrumente zu kontrollieren.
(...) Erscheint ein Angebot fragwürdig, muss es
die Möglichkeit geben, dieses vom weiteren
Verfahren auszuschließen.“**

<http://www.mwe.brandenburg.de/cms/detail.php/bb1.c.205719.de>

DIE LINKE verändert durch den Regierungswechsel

Beispiel 5: Position zur Altersarmut

Ministerin für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Familie Dagmar Ziegler (SPD) in der
Aktuellen Stunde zum Thema „Wachsende Altersarmut in Brandenburg“

18.09.2008

**„Zweifellos gehört dazu die Feststellung,
dass Altersarmut heute in Deutschland objektiv kein
drängendes gesellschaftliches Problem ist (...) Die
heutige Rentnergeneration hat (...) ausreichend
Rentenanwartschaften aufbauen können. (...) Tatsache ist
jedoch, dass dieses Thema **die Gesellschaft nicht akut
bedrängt.**“**

Minister für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Familie Günter Baaske (SPD) in einer Landtagsdebatte anlässlich einer Großen Anfrage der CDU

06.10.2010

„Da kann man sagen, was man will. Man wird bei 5 oder 6 Euro, die man verdient, kaum oder gar nicht aus dem Bereich der Grundsicherung bzw. der Grundrente kommen. Das wird dazu führen, dass Altersarmut in Größenordnungen ... greifen wird.“

weitere Beispiele für

Veränderung durch den Regierungswechsel:

- Initiative zur armutsfesten Grundsicherung für Kinder
 - Verbesserung des KITA-Personalschlüssel
 - Kennzeichnungspflicht von Polizisten
 - Mikrokredite für Kleinunternehmen

DIE LINKE verändert in Regierung

- Neueinstellung von 2.000 Lehrerinnen und Lehrern
 - Erhalt der Amtsgerichte
 - Mehr Geld für Musikschulen

DIE LINKE verändert in Regierung

Beispiel: Polizeireform

Minister des Inneren Rainer Speer (SPD)

08.07.2010

Statt 51 Rund-um-die-Uhr-Wachen soll es künftig noch „15 plus x“ Vollwachen für das ganze Land geben, wobei Speer „deutlich unter“ 20 Wachen bleiben wird, wie er kategorisch erklärte.

„Die Wachen fressen Personal, das operativ fehlt.

Nicht die Wachen sind unterwegs, sondern die Streifenwagen. (...) **Da reicht eine Garage, ein Raum mit Spind und Waffenschrank.“**

Der Tagesspiegel, Berlin

Beschluss des Landtages Brandenburg:

16.12.2010

„Die Polizeipräsenz ist in der Fläche des Landes aufrechtzuerhalten, der Streifendienst im bisherigen Umfang zu gewährleisten. Die Interventionszeiten sollen sich nicht verschlechtern. Die flächendeckende Präsenz der Revierpolizisten bleibt.“

Drucksache 5/2561-B

Fazit:

Es bleiben fast alle Wachenstandorte erhalten und werden als Reviere oder Inspektionen weitergeführt. Einzige Ausnahme ist hier Potsdam-Babelsberg.

Nicht alles gelingt uns.

- Öffentlicher Beschäftigungssektor im gewünschten Umfang
- zufriedenstellende Regelung der Altanschießerproblematik
 - Forstreform

Vieles bleibt umkämpft.

- Energiepolitik
- Gemeinschaftschule/Bildungspolitik
 - Reform des öffentlichen Dienstes
- Nachtflugverbot für den Flughafen BER
 - Mehr direkte Demokratie

Das neue Leitbild 2014

Veränderte Rahmenbedingungen für die Diskussion

DIE LINKE.
B R A N D E N B U R G

Welche Rahmenbedingungen haben wir in den kommenden Jahren?

Chancen und Risiken

demografischer Wandel
schrumpfende Haushalte

Eurokrise

Klimawandel

technologischer Fortschritt

Umbau der Energieversorgung

Fragen denen wir uns erneut stellen müssen:

Welcher Zeitgeist herrscht? Welche Politik?

Hat der Neoliberalismus abgewirtschaftet?

Was wollen wir erreichen?

Brandenburg der Regionen?

Wen wollen wir erreichen?

Wer sind 2014 unsere Wählerinnen und Wähler?

Wie wollen wir unsere Zielgruppen erreichen?

Dialog? Mit wem?

Wie wollen wir unsere Ziele umsetzen?

Fortsetzung der Regierung? Augenhöhe mit der SPD?

Welche Schlussfolgerungen ziehen wir aus bisherigen

Regierungsbeteiligungen?